

Pressemitteilung

Doppelte Bestrafung – oder: außer Spesen nichts gewesen?

Die „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ stellt zum 31.12.2006 ihre Arbeit zur „Zwangsarbeiter-Entschädigung“ ein.

Zahlreiche Opfergruppen wurden durch das Stiftungsgesetz ausgegrenzt. Hierzu gehören insbesondere Kriegsgefangene aller Nationen und die Italienischen Militärinternierten (IMI), denen die Bundesregierung bis heute jegliche Entschädigung verweigert. Die „Initiative Entschädigung aller NS-Zwangsarbeiter“ setzt sich dafür ein, dass auch diese Gruppen, so wie alle, die vom Dritten Reich zur Zwangsarbeit verpflichtet worden waren, Entschädigung erhalten.

Zum Abschluss der Stiftungsarbeit ziehen wir „Basisarbeiter“ ein kritisches Resümee.

Viele finanzielle Ressourcen aus Stiftungsmitteln wurden zur Nachweisbeschaffung verwendet. Hunderttausende von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern mussten sich an den Internationalen Suchdienst (ISD) in Bad Arolsen wenden, um Unterlagen für ihre Entschädigungsanträge anzufordern. **Der ISD wurde gleichsam zum Nadelöhr für fast alle Antragsteller.**

Dabei stellte sich schon vor Jahren heraus, dass der ISD die Bearbeitung der Anträge extrem verschleppt hat. Noch vor zwei Jahren waren eine Million Briefe in bis dahin ungeöffneten Postsäcken „vermutet“ worden. Wir haben Hinweise darauf, dass mehrere tausend Vorgänge bis heute nicht bearbeitet worden sind, so dass ehemaligen Zwangsarbeitern nun unverschuldet die Ablehnung ihrer Anträge droht.

Problemstellungen einzelnen Partnerorganisationen wie z.B. der IOM tun das ihre.

**Wir laden sie vor der Kuratoriumssitzung der Stiftung EVZ
am Mittwoch, den 13.12 um 13:45
zum Finanzministerium, Leipziger Ecke Wilhelmstrasse in Berlin Mitte ein.**

**Frau S., ehemalige Zwangsarbeiterin,
wird ihren nicht beschiedenen Antrag erneut den Vertretern der Stiftung
Erinnerung, Verantwortung und Zukunft übergeben.**

Sie ist ein Beispiel für diejenigen, die trotz „Berechtigung“ nicht entschädigt werden: Ihr Antrag wurde nie bearbeitet, sondern versandete in den Mühlen der Entschädigungsbürokratie.

Für Rückfragen stehen wir ihnen unter 0160 922 88 605 (Festnetz 693 49 73) oder unter der e-mail-Adresse lebgut@web.de gerne zur Verfügung

Die Initiative wird unterstützt unter anderem von:

Hans COPPI (Berlin, VVN-BDA), Judith DEMBA (Berlin, angefragt), Dietrich Heinrich FINK (Berlin, Bundes-Vorsitzender VVN-BdA), Kurt GOLDSTEIN (Berlin, Ehrenvorsitzender des Internationalen Auschwitzkomitees), Maria u. Adam KÖNIG (Berlin, ehem. KZ-Häftlinge) Franz von HAMMERSTEIN (Berlin, Kurator Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste), Martin Klingner (HH, Rechtsanwalt); Ernst MELIS (DRAFD), Prof. Dr. Manfred MESSERSCHMIDT (Freiburg, Leitender Historiker a.D. Militärgeschichtliches Forschungsamt), Gertrud MÜLLER (Stuttgart, Vizepräsidentin des Internationalen Ravensbrück-Komitees), Lars Reismann (HH, AK Distomo); Dr. Martin SECKENDORF (Berlin, Autor: Europa unter dem Hakenkreuz), Rolf SURMANN (Hamburg, Publizist angefragt), Ini's: AK Distomo HH; Berliner Initiative Griechenland unter dem Hakenkreuz, Projektgruppe Messelager im Verein EL-DE-Haus, Köln; Deutsche Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK, Berlin); GWI (Geschichtswissenschaftliche Institut Eberswalde)